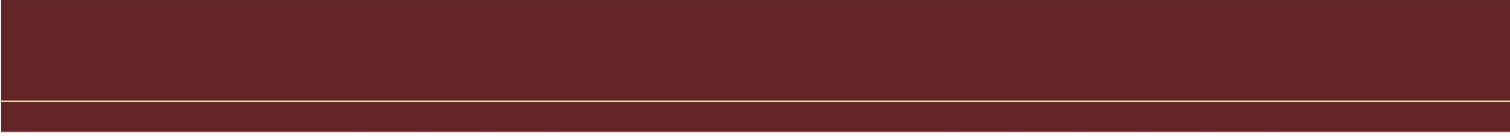


gender & bewaffnete konflikte

gender

k o s o v o

dr.ⁱⁿ henriette riegler
wien, april 2006



**Internetrecherche/Desk Studie im Rahmen des Projektes:
Konflikt & Gender in den Schwerpunkt- und Kooperationsländern
der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit**

Impressum

Herausgeber:

**Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit
Vienna Institute for Development and Cooperation (VIDC)**

Adresse:

**Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien
Tel: +43/1/713 35 94, Fax: DW 73**

gender@vidc.org

www.vidc.org

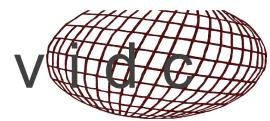
Redaktion/Layout:

**Mag.^a Renate Semler
Mag.^a Magda Seewald**

Copyright:

Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit

**Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit**



Offenlegung nach Paragraph 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Wiener Institut für Entwicklungsfragen und Zusammenarbeit, Möllwaldplatz 5/3, 1040 Wien

Grundlegende Richtung: Diskussionsbeiträge zu den Themen Entwicklungspolitik,

Entwicklungszusammenarbeit und Kulturaustausch Süd/Nord sowie Antirassismusaktivitäten. Verantwortlich für den Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion, Eigenvervielfältigung, Verlags- und

Herstellungsort: Wien

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	4
Vorwort des Vienna Institute for Development and Cooperation.....	5
1. Einleitung.....	6
2. Zusammenfassung und Empfehlungen.....	9
3. Geschichte des Konfliktes im Kosovo.....	11
3.1 Wer sind die involvierten AkteurInnen?.....	14
3.2 Wie verläuft der Konflikt?.....	17
4. Welche Auswirkungen haben die Ereignisse auf die Institutionen?.....	24
4.1 Soziokulturelle Institutionen.....	24
4.2 Politische Institutionen.....	28
4.3 Militärische Institutionen	30
4.4 Wirtschaftliche Institutionen	31
5. Quellenverzeichnis.....	32

Abkürzungsverzeichnis

KFOR	Kosovo Force
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NATO	North Atlantic Treaty Organization
UÇK	Ushtria Çlirimtare Kosovës
UNDP	United Nations Development Programme
UNMIK	United Nations Mission in Kosovo
UNIFEM	United Nations Development Fund for Women

Vorwort des Vienna Institute for Development and Cooperation

Die vorliegende Studie wurde im Rahmen des Projektes „Gender und bewaffnete Konflikte“ des vide erstellt. Ziel dieses Vorhabens ist eine Gender Analyse der bewaffneten Konflikte in den Schwerpunkt- und Kooperationsländern der OEZA.

Die einzelnen Arbeiten basieren auf einer Internetrecherche, wobei darauf geachtet wurde, dass alle Studien in gleicher Weise aufgebaut sind und somit einen Vergleich zulassen. Diese Struktur der Arbeiten wurde im Rahmen eines Workshops unter der Leitung von Dr.ⁱⁿ Dubravka Zarkov vom Institute of Social Studies (ISS) Den Haag erarbeitet. Ihr sei an dieser Stelle ganz herzlich für ihre Mitwirkung gedankt.

Als zentrale Frage der Arbeiten gilt jene nach den Auswirkungen des jeweiligen Konflikts auf die wichtigsten Institutionen der Gesellschaft – soziokulturelle, politische, militärische und wirtschaftliche. Um dieses Konzept auf möglichst viele Länder in durchaus unterschiedlichen Konfliktstadien anwenden zu können, wurde ein weiter Konfliktbegriff gewählt, der Konflikte als soziale Prozesse definiert und somit sowohl Vorkonfliktphasen wie auch Nachkonfliktphasen abdeckt.

Trotz dieser einheitlichen Struktur haben sich in den einzelnen Arbeiten doch unterschiedliche Schwerpunkte herauskristallisiert, die einerseits vom Konfliktstadium und andererseits von der Quellenlage abhängig waren. In laufenden Arbeitsgruppentreffen und regem Austausch mit ExpertInnen der EZA konnten Problemstellungen diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht werden. Das so erzielte Ergebnis enthält Handlungsanweisungen und -empfehlungen für die OEZA, die jedoch aufgrund der eingeschränkten Forschungsmöglichkeiten (Internetrecherche) nur ein Anhaltspunkt für konkrete Projektempfehlungen sein können.

Mag.^a Magda Seewald

Februar 2006

1. Einleitung

In der wissenschaftlichen Literatur werden verschiedene Begriffe verwendet, um Konflikte zu bezeichnen, wie etwa Krieg, bewaffneter oder gewaltsamer Konflikt. Auch wenn sie meist synonym verwendet werden, so liegt jedem dieser Begriffe ein ideologisches Narrativ zugrunde.

Im Sinne Clausewitz ist Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mittel, um die Interessen eines Staates oder einer Konfliktpartei durchzusetzen. Der Terminus Krieg wird besonders dann verwendet, wenn es gilt eine Gruppe oder ein Volk für den Kampf zu mobilisieren (vgl. Clausewitz). Ähnliches gilt für den Begriff des „gerechten Krieges“. Er wird zusehends verwendet, um das eigene Volk und die internationale Staatengemeinschaft zu überzeugen gegen einen Tyrannen zu kämpfen und damit Freiheit, Demokratie und Frieden für ein Volk und Sicherheit für die Welt zu bringen. In diesem Zusammenhang wird auch vermehrt von „Interventionen“ gesprochen.

Der Begriff „Krieg“ fokussiert auf die unmittelbare gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei oder mehreren Konfliktparteien und ignoriert dabei, dass es eine Zeit vor dem Ausbruch der Gewalt gibt – Cynthia Cockburn nennt sie „uneasy peace“ (Cockburn 2001, 13) – in der entsprechende Propaganda und Aufrüstung stattfinden. Sie ist meist auch geprägt von einem Anstieg räumlich begrenzter Gewalt. Ebenso wenig endet ein Konflikt mit der Beendigung des Krieges. Um also einen bewaffneten Konflikt in seiner gesamten Auswirkung analysieren zu können, ist es sinnvoll ihn als sozialen Prozess zu sehen. Dadurch können bewaffnete Konflikte in unterschiedlichen Phasen nach ähnlichen Gesichtspunkten untersucht werden. Wie etwa Ruanda, wo der Völkermord bereits einige Jahre zurückliegt und das Land sich in einer Post-Konflikt-Phase befindet, oder Äthiopien, wo allerdings die Nachkriegszeit sehr schnell wieder zu einer Pre-Konflikt-Phase werden kann. Während hingegen Norduganda sich in einem akuten bewaffneten Konflikt befindet.

Im Laufe dieses sozialen Prozesses werden unterschiedliche Formen von Gewalt, unmittelbare physische, strukturelle und kulturelle Gewalt, ausgeübt. Gewaltförmige Konflikte setzen starke kollektive Identitäten voraus, wobei Ethnie und Gender eine wesentliche Rolle spielen. Gender wird hierbei als eine soziale Konstruktion von Geschlecht, als soziokulturelle Annahmen über Männer und Frauen und ihr Verhalten zu einander verstanden. Dabei geht es nicht nur um das typische, sondern auch um das normativ angemessene, das „richtige“ Verhalten von Männern und Frauen. In Konfliktzeiten dienen solche Geschlechterbilder auch zur Konstruktion von Freund- und Feindbildern. Dabei ist der

Kern dieser Geschlechterbilder die Dichotomie des männlichen Täters und des weiblichen Opfers (Kassel 2005: 36).

Die Bedeutung von Gender in ethno-nationalen Konflikten

Besondere Bedeutung kommt dieser Konstruktion von Geschlecht und den damit verbundenen Geschlechterverhältnissen in ethno-nationalen Konflikten, wie etwa im Kosovo, zu. Dabei werden sehr oft biologistische Metaphern verwendet, indem die Nation als Körper verstanden wird, der durch den Feind verletzt oder vergewaltigt wird und entsprechend verteidigt werden muss. Neben dieser biologisch-physischen Komponente spielt auch die kulturell-symbolische Ebene eine wichtige Rolle. Es gilt das gemeinsame kulturelle Erbe zu schützen. Ein Erbe, das vielfach von Müttern durch soziale Praktiken und Traditionen an die nächste Generation weiter gegeben wird und als Grenzziehungsmechanismus zwischen dem eigenen und dem anderen dient. Es ist daher kein konfliktbegleitendes Zufallsprodukt, sondern ein dieser Logik entsprechendes Phänomen, wenn Frauen ein besonderes Ziel von Attacken in ethno-nationalen Konflikten sind. Sie werden gezielt wegen ihrer zweifachen Positionierung der biologisch-physischen und der kulturell-symbolischen angegriffen. Dies äußert sich etwa in Massenvergewaltigungen, wie in Ruanda, Kosovo oder Uganda, durch die gezielt die weibliche Reproduktionsfähigkeit „benutzt“ wird. Dabei gilt die Schwängerung der Frauen des nationalen Feindes als Ziel, um die fremde, verfeindete Gruppe von innen heraus zu schwächen und damit den militärischen Angriff von außen zu ergänzen.

Ebenso wie Weiblichkeit im Verhältnis zum nationalen Körper konstruiert wird, geschieht dies mit Männlichkeit. Aufgabe der Männer ist es, die Gruppe, die Frauen zu schützen und ihre Werte zu verteidigen. Also auch hier ist in der Konstruktion von Männlichkeit eine physische und symbolische Ebene impliziert. Wird eine Frau angegriffen, richtet sich dieser Angriff ebenso gegen die Männer dieser Gruppe. Wird sie vom Feind vergewaltigt, wird dadurch nicht nur die Fähigkeit der Männer zur Verteidigung, also ihre Männlichkeit in Frage gestellt, sondern auch der eigene nationale Körper durch den Feind in Besitz genommen. Durch die „Infiltrierung“ des nationalen Körpers, wenn etwa Kinder als Folge solcher Vergewaltigungen geboren werden, wird der symbolische Effekt der Inbesitznahme durch den nationalen Feind erreicht und eine dauerhafte Schwächung bzw. (Zer)störung der Gruppenidentität erzielt.

Retraditionalisierung

Die durch die Geschlechterkonstruktion vermittelten gesellschaftlichen Erwartungen und Rollen können sich in sozialen Prozessen, also auch in bewaffneten Konflikten, verändern. Dabei können Geschlechterbilder verstärkt werden, so etwa durch die Betonung des Mannes

als Krieger, Held und Beschützer oder der Frau als Opfer, Pflegerin und Schutzbedürftige. Andererseits übernehmen Frauen in Kriegszeiten oft Tätigkeiten, die vorher „üblicherweise“ von Männern ausgeführt wurden. Diese Ausweitung der Geschlechterrolle bedeutet aber meist keine Änderung der in einer Gesellschaft vorhandenen Geschlechterideologien. Soldatinnen bringen generell die „Geschlechter-Kriegsordnung“ durcheinander und geraten dadurch in einen Widerspruch zwischen „Geschlechterbild“ (friedfertiges Opfer) und „Geschlechterrolle“ (kämpfende Soldatin) (Kassel 2005: 37). Dies zeigt sich etwa bei weiblichen Kombattantinnen, wie in Ruanda. Traditionellerweise gelten Frauen dort nicht als Kämpferinnen, allerdings griffen in den 1990er Jahren hunderte Frauen zu den Waffen. Während ihre männlichen Kollegen Demobilisierungsprogramme durchlaufen und ohne große Probleme wieder in ihren Gesellschaften Fuß fassen können, ja zum Teil als Helden gefeiert werden, sind ehemalige Kämpferinnen stigmatisiert.

Vielerorts ist nämlich nach Beendigung von Kampfhandlungen eine Wiedererstarkung der traditionellen Geschlechterbilder zu erkennen. Diese Retraditionalisierung zeigt sich etwa in der Westsahara, wo im Laufe des Waffenstillstandes traditionelle soziokulturelle Praktiken wie der Brautpreis wieder eingeführt wurden, nachdem er in den 1970er Jahren abgeschafft worden war. Ähnliches ist auch in Äthiopien zu erkennen, wo in der Post-Konflikt-Phase alte kulturelle Praktiken wieder verstärkt angewendet werden.

Gewalt

Die Betonung des Mannes als Krieger unmittelbar vor, während und nach bewaffneten Konflikten geht stets auch einher mit der Ausübung von Gewalt. Da Geschlechterverhältnisse auch immer Machtverhältnisse sind und in Krisenzeiten derjenige die Macht besitzt, der über Waffen verfügt, sind Frauen in solchen Zeiten verstärkt von Gewalt bedroht. Dies zeigt sich nicht nur in der Verwendung von geschlechterpezifischer sexualisierter Gewalt, wie Vergewaltigung, als Kriegswaffe, sondern auch häufig im Anstieg häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder in Post-Konflikt-Situationen.

Institutionen

Wenn also Geschlechterkonstruktionen innerhalb sozialer Prozesse veränderbar sind, haben in bewaffneten Konflikten unterschiedliche AkteurInnen Einfluss auf diese Konstruktionen, wie etwa das Militär oder sonstige bewaffnete Einheiten. Andererseits sind in vielen Nachkriegssituationen internationale Organisationen und sonstige AkteurInnen in den Prozess involviert und beeinflussen damit die Geschlechterkonstruktion. Diese AkteurInnen versuchen dabei vielfach ihre Konzepte von Gender durchzusetzen. Daher ist es bei der Gender Analyse eines Konflikts auch wichtig, die involvierten AkteurInnen im Hinblick auf ihre Geschlechterbilder zu untersuchen.

Hierbei ist vor allem interessant, wie sich der gewaltsame Konflikt auf die zentralen Institutionen einer Gesellschaft auswirkt und wie diese wiederum von den AkteurInnen beeinflusst werden. Denn es sind diese Institutionen, die maßgeblich Geschlechterverhältnisse konstruieren. Soziale und kulturelle Institutionen, wie etwa Familie oder Schule, tragen bereits früh zur Vermittlung bestimmter Geschlechterbilder bei. Ähnliches gilt für militärische und wirtschaftliche Institutionen. Während politische Institutionen durch gesetzliche Regelungen diese entweder festschreiben oder auch herausfordern können, wie etwa das Beispiel Ruanda zeigt, wo nach dem Völkermord zahlreiche Gesetze im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit verändert wurden und dadurch die politische Partizipation von Frauen enorm zugenommen hat.

Eine solche Untersuchung kann helfen neue Konflikte zu verhindern. Denn wenn es für Frauen und Männer in einer Gesellschaft unmöglich ist, den vorgegebenen Geschlechtervorstellungen zu entsprechen, wenn die Realität dies nicht zulässt, führt das unweigerlich zu neuen Konflikten.

2. Zusammenfassung und Empfehlungen

Im Falle des Kosovo berührt der gesamte Konflikt sowie auch die letzte Eskalationsphase zu Ende der 90er Jahre das Gender Verhältnis in mehrfacher Weise: zunächst handelt es sich um einen typisch ethno-nationalen Konflikt zwischen kosovo-albanischer Mehrheit und serbischer Minderheit, in dem gegenseitige Vorstellungen über die jeweiligen Geschlechterrollen und –stereotypen auf nationaler Basis zugeteilt werden. Dabei wird die eigene Gruppe als überlegen, der Feind als unterlegen betrachtet. Insbesondere die Frauen der machtloseren Gruppe werden in dem Konflikt zu einer besonders verfolgten Gruppe gegen die spezifische Gewalttaten verübt werden, um die gesamte Gruppe zu treffen; Stichwort Vergewaltigung als Instrument ethnischer Säuberungen. Durch den Entzug von Ressourcen sowie die planmäßige Zerstörung von autochthonen Institutionen kam es zu einer gewissen Retraditionalisierung und einem weiteren Machtverlust von Frauen und Mädchen im gesellschaftlichen Machtgefüge. Auch das seit dem Krieg von 1998/99 errichtete Protektorat hat im Bezug auf die Gender Frage ambivalente Resultate gebracht. Zwar sind viele das Verhältnis positiv verändernde Mechanismen und Institutionen geschaffen worden. Oft wird aus einer Mischung von kultureller Rücksichtnahme und wenig reflektiertem eigenem Machismo jedoch der Ausschluss lokaler Frauen und Mädchen noch verstärkt.

In folgenden Bereichen werden Maßnahmen hinsichtlich mehr Gender Gerechtigkeit empfohlen:

Die baldige Klärung des endgültigen Status des Kosovo ist wohl die drängendste und wichtigste Vorbedingung für eine allgemeine Verbesserung der Situation, aber auch hinsichtlich mehr Gender Gerechtigkeit. Denn nur dann wird der Rahmen klar, innerhalb dessen das zukünftige Leben der Bevölkerung des Kosovo organisiert wird. Damit würden nicht nur die Chancen auf einen weiteren Konflikt sinken. Vor allem psychologisch wäre das ein wichtiger Schritt für eine Normalisierung des Lebens im Kosovo, einschließlich einer psychischen Demilitarisierung, die insbesondere den Frauen zugute käme. Bis zu einem gewissen Grad wird die Abdrängung der Frauen nämlich noch immer mit einer bestehenden Gefahr der äußeren Aggression begründet. Demnach ist die **Erhöhung der öffentlichen und der häuslichen Sicherheit** für die Kosovo-Albaner und die Minderheiten ein weiterer wesentlicher Reformschritt. Damit würde sich die Mobilität und davon ausgehend die Chancengleichheit für Frauen auf vielen Gebieten erhöhen. Eine höhere Sichtbarkeit in der Gesellschaft würde auch den Status der Frauen ansteigen lassen. Empfohlen wird deshalb die verstärkte **Aufnahme von Frauen in den Sicherheitssektor** (Schutzkorps und Polizei) sowie, um der Protektoratssituation mit ihrem Mix an lokalen und internationalen Sicherheitsinstitutionen Rechnung zu tragen, ein gemeinsames Awareness-Training von lokalen und internationalen Sicherheitskräften zu genderspezifischen Problematiken.

Da die Steigerung des Einflusses von Frauen in politischen Ämtern und in der Wirtschaft ein zentrales Instrument für die Weiterentwicklung und die Ermächtigung der Frauen ist, werden **Aufklärungskampagnen** für Frauen und Männer in allen öffentlichen Bereichen **über frauenspezifische Probleme** und die Bedeutung des großteils noch unerschlossenen Potentials der Frauen für die Entwicklung des Kosovo als notwendig erachtet, aber auch der Einsatz von Mechanismen, die den Aufstieg von Frauen auf Dauer verbessern. Vorgeschlagen werden z.B. Praktika in internationalen Organisationen, Englisch und berufsbezogene Kurse, Kredite für Geschäftsgründungen und landwirtschaftliche Investitionen speziell für Frauen, sowie die Schaffung von Instrumenten, die überwachen und damit garantieren, dass die geltenden geschlechterneutralen Gesetze auch eingehalten werden.

Verstärktes Augenmerk sollte auf die **Ausbildung von Mädchen** gerichtet werden, die aufgrund der Konfliktgeschichte mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt waren. Empfohlen werden deshalb Austausch- und Studienprogramme für junge Kosovarinnen unabhängig ihrer ethnischen Zugehörigkeit in ausländischen Institutionen sowie Praktika und Studienaufenthalte im Ausland, um die langjährige Isolation zu überwinden.

Als ein spezifisches Mittel zum Confidence-Building in dem noch andauernden ethno-nationalen Konflikt wird die *Organisation multi-ethnisch besetzter Seminare*, an denen Albanerinnen und Serbinnen sowie Vertreterinnen anderer Minderheiten teilnehmen mit einer offenen von ihnen selbst zu entwerfenden und zu verhandelnden Agenda empfohlen.

3. Geschichte des Konfliktes im Kosovo

Im Juni 2005 waren es sechs Jahre her, dass der Krieg im Kosovo zu Ende gegangen ist. Im Herbst 1999 wurde das internationale UN-Protectorat eingerichtet, das die Übergangsverwaltung des Kosovo bis zu einer endgültigen, aber bislang noch unklaren Lösung verwalten soll. Der Krieg, der einzige im Zerfallsprozess des ehemaligen Jugoslawien, in den die Internationale Gemeinschaft von Anbeginn militärisch eingriff, hatte zuvor zu einer internen (innerhalb des Kosovo) und externen Vertreibung (nach Albanien, Mazedonien und Montenegro) eines Großteils der Kosovo-AlbanerInnen geführt.¹ Bei den ethnischen Säuberungen wurde nicht nur ein Großteil der lokalen Infrastruktur zerstört und versucht Wertgegenstände, Fahrzeuge und Dokumente zu vernichten, die eine Rückkehr der Flüchtlinge unmöglich machen sollten. Um die ethnischen Säuberungen voranzutreiben, wurden auch tausende Menschen ermordet, von denen erst ein Teil gefunden wurde und eine unbestimmte Zahl von Frauen vergewaltigt. Als der Konflikt endete und sich die jugoslawischen Sicherheitskräfte zurückzogen, schloss sich ihnen ein Großteil der serbischen Minderheit an. Parallel dazu kehrte die überwiegende Mehrheit an Kosovo-AlbanerInnen in den stark zerstörten Kosovo zurück.

Die Situation im Kosovo war insofern komplex, als die Internationale Gemeinschaft mit Hilfe der NATO die serbischen Sicherheitskräfte (Militär und Sonderpolizei) angriff, sich in der späteren Konfliktphase die NATO-Angriffe auch auf Serbien erstreckten, während die lokale Konfliktkomponente bereits viel länger andauerte.

Der Kosovo war eigentlich im Zerfallprozess des ehemaligen Jugoslawien der erste Schauplatz von massiver Gewalt gegen die Zivilbevölkerung. Nach dem Tode Titos gab es ein Machtvakuum, das in Serbien vor allem zur nationalistischen Mobilisierung anhand des Kosovo-Themas führte.

¹ Am Höhepunkt des Konfliktes waren fast 1,5 Millionen der zwei Millionen Albaner auf der Flucht (vgl. Riegler 2001)

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurde der Status des Kosovo und sein Status als autonome Provinz zu einem „Beweis“ der Unterdrückung der serbischen Nation in Jugoslawien, die es zu beseitigen galt.² Vor diesem Hintergrund und mit Hilfe des Kosovo-Themas begann Slobodan Milošević seinen politischen Aufstieg in Belgrad. Die Auflösung der Autonomie des Kosovo 1989/90 und dessen Militärverwaltung durch jugoslawisches Militär und Sonderpolizei führte den Kosovo in ein Jahrzehnt der Säuberung von AlbanerInnen aus allen wichtigen öffentlichen Institutionen durch Massenentlassungen, worauf die AlbanerInnen mit der Errichtung einer im Untergrund tätigen albanischen Parallelgesellschaft reagierten.

Als Jugoslawien in blutigen Kriegen zerfiel, geriet der Kosovo international fast in Vergessenheit, obwohl die Sicherheitssituation und die Menschenrechtslage für die Kosovo-AlbanerInnen rudimentär blieb. Erst als die pazifistische Strategie zivilen Ungehorsams von den Kosovo-AlbanerInnen aufgegeben wurde und 1997 die albanische Guerilla UÇK auftrat, die Anschläge auf serbische Polizisten verübte und sich damit die serbische Besatzung immer mehr verschärfte (schleichender Übergang von einem low intensity conflict zu einem heißen Krieg) kam es zu einer intensiven Involvierung der Internationalen Gemeinschaft. Von den lokalen Akteuren her betrachtet, war diese Entwicklung ursprünglich in den Strukturen und Prozessen des Konfliktgeschehens verankert: nach dem Ende des Bosnienkrieges und des Friedensschlusses von Dayton 1995 hatte das Regime in Belgrad wieder neue Energien geschöpft, um sich jetzt mit dem Kosovo zu beschäftigen. Die Kosovo-AlbanerInnen hingegen waren enttäuscht, dass die Verhandler in Dayton das Kosovo-Thema unter den Tisch fallen ließen und damit klar ihr Desinteresse an einer wirklichen Lösung des Kosovo-Konfliktes bekundeten. Ein drittes Moment, das die beiden gegnerischen Positionen „verband“, war die Tatsache, dass der Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in Albanien Waffenschmuggel in den Kosovo begünstigte.

Von seiner Konfliktgestalt her ist dieser Konflikt also ein langandauernder, der sich schon seit der serbischen Staatsgründung im 19. Jahrhundert hinzieht und sehr stark koloniale Züge seitens der serbischen bzw. jugoslawischen Nationsbildung aufweist. Dieses Nationskonzept wurde von albanischer Seite mit einem defensiv-peripheren Nationskonzept gekontert. Der Kosovo, der von AlbanerInnen und SerbInnen gemeinsam bewohnt wird, bildet nämlich ein Kernthema der nationalen serbischen Mythologie. Seit Beginn der Expansion des serbischen Staates und insbesondere seit den Balkankriegen (1912 und 1913) versuchte Serbien die

² Viel war bei der absoluten und relativen Verringerung des serbischen Bevölkerungsanteils, der v.a. mit der ökonomischen und politischen Randlage des Kosovo zu tun hatte, vom Genozid an den Serben die Rede, siehe auch weiter unten.

ethno-nationale Zusammensetzung des Kosovo, der mehrheitlich albanisch und von einer wechselnd starken serbischen Minderheit bewohnt wird, zu serbischen Gunsten zu verändern. Dazu zählten unter anderem zahlreiche Versuche der serbischen Kolonisierung - der letzte dieser Versuche fand übrigens im Gefolge der Jugoslawienkriege statt, in dem versucht wurde, serbische Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina im Kosovo anzusiedeln - aber auch der Aussiedelung und Vertreibung von AlbanerInnen³. Gegen diese Politik leisteten die Kosovo-AlbanerInnen auch immer wieder gewaltsamen Widerstand und versuchten im übrigen, durch lange Perioden hindurch auch, ihre Situation durch die zumindest periphere Einbindung in den serbischen Staat und später in die beiden jugoslawischen Staaten zu überwinden (Malcolm 1998). Insofern ist die „Natur“ des Konfliktes klar: es handelt sich um einen stark asymmetrischen ethno-nationalen Konflikt, in dem ein starker ethnisch definierter Staat „seine“ multi-ethnische Peripherie integrieren möchte.

Zum Zweck der territorialen wie demographischen Integration wird eine national homogene(re) Bevölkerungsstruktur angestrebt. Dies wird aus mehreren Gründen für notwendig erachtet: zunächst aus Sicherheitsgründen; werden die Kosovo-AlbanerInnen doch als fünfte Kolonne Albaniens betrachtet, die das Gebiet einem zukünftigen Großalbanien eingliedern möchten. Und auch aus internationalen Gründen: ist doch die Integration eines ethnisch homogenen Territoriums im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker leichter der Internationalen Gemeinschaft zu „verkaufen“.

Es gibt aber auch eine symbolische Dimension, die für das Verständnis des Konfliktes mindestens genauso wichtig ist: der Kosovo und insbesondere das *Kosovo polje* (das Amselfeld), auf dem 1389 die verlorene Schlacht gegen die Osmanen stattfand, ist ein Symbol für die lange verlorene und erst spät wieder gewonnene Staatlichkeit Serbiens und die anti-osmanische, oft auch anti-muslimisch ausgerichteten serbischen aber auch genereller zu beobachteten südslawischen Nationalismen.

Strukturell besserte sich die Lage im Zweiten Jugoslawien, als die AlbanerInnen mit dem Kosovo eine autonome Provinz in Serbien erhielten und erstmals begannen politische und ökonomische Institutionen selbst zu kontrollieren, obwohl auch dann die serbische Minderheit des Kosovo in allen Gremien und Institutionen überproportional vertreten blieb. Den Charakter eines jugoslawischen Armenhauses verlor der Kosovo hingegen auch damals nicht.

³ Diese wurden während der 1930er und 1950er Jahre oft als Türken bezeichnet und in das vermeintliche „Mutterland“ Türkei gebracht. Das rezenteste Beispiel der strukturell gleich, ethnisch jedoch anders gelagerten Argumentation stammte aus dem Kosovokrieg von 1999, in dem die Kosovo-AlbanerInnen als AlbanerInnen bezeichnet wurden, die nach Albanien „zurückkehren“ sollten (Riegler 2000:113).

Das führte zusammen mit der Albanisierung der politischen Strukturen zu einer sozioökonomischen Krise im Kosovo, die aber nicht primär konfliktauslösend war.

3.1 Wer sind die involvierten AkteurInnen?

Auf den ersten Blick sind die involvierten AkteurInnen in diesem ethno-nationalen Konflikt sehr klar umrissen: zwei Volksgruppen, albanische Mehrheit und serbische Minderheit (88% Albaner, 7% Serben, 5% andere Minderheiten)⁴ repräsentiert durch ihre jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Institutionen. Während des Konflikts änderte sich der Kontext des Konflikts, der in der frühen Stufe noch jugoslawisch (mit starkem serbischen Engagement) und nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens (groß)serbisch war. Aber nicht nur diese kontextuelle „Umweltbedingung“, innerhalb der dieser Konflikt stattfand, änderte sich sondern auch die unmittelbare Akteursebene: das jugoslawische Militär seit den 1980er Jahren stationiert, setzte gegen die existierende politische Ordnung der Autonomen Provinz Kosovo, einen apartheidsähnlichen Zustand durch, der die AlbanerInnen als Gruppe diskriminierte. Mit der Zerstörung Jugoslawiens wurde dieser Zustand noch eindeutiger ethnisch, wurde doch aus der gesamtjugoslawischen Armee eine restjugoslawische (Serbien-Montenegro) und eigentlich eine großserbische, die auch noch von der serbischen Spezialpolizei verstärkt wurde. Heute ist die Union Serbien-Montenegro (und trotz dieser Staatskonstruktion eigentlich bereits seit langem nur mehr Serbien) in den Nachkriegsprozess involviert. In erster Linie ist seine Rolle unfreiwillig auf die, eines die serbisch-kosovarische Grenze patrouillierenden Nachbarstaates geschrumpft. Auf der außenpolitisch-diplomatischen Ebene kümmert sich der vom Hauptakteur und -täter zum Nebendarsteller gewordene Staat und seine politische Elite ideologisch und demonstrativ um „seine“ ebenso unfreiwillig zu einer Minderheit gewordenen Kosovo-SerbInnen sowie die zu Flüchtlingen gewordenen Kosovo-SerbInnen in Serbien und reklamiert für sich so eine Schutzmachtrolle (und erhält diese durch das UN-Mandat und die politische Praxis von der Internationalen Gemeinschaft, mit Abstrichen, auch zugesprochen). Es ist klar, dass diese Rolle nur durch den Kriegsausgang und den in Verhandlungen durchgesetzten Abzug von Sicherheitsapparat und Armee⁵ erreicht wurde, und die von Seiten Serbiens immer wieder auch offiziell geforderte Rückkehr Serbiens in den Kosovo, möglichst durch eine ständige Rückkehr des serbischen Sicherheitsapparates abgestützt, den langfristigen Orientierungspunkt serbischer Außen- und

⁴ Angaben nach dem Statistischen Büro Kosova in seinem Report „Kosovo and its Population“, Prishtina 2003. Die zahlenmäßig kleineren Minderheiten sind in die Hauptkonfliktlinie nur insoweit involviert als sie der einen oder anderen Gruppe hinzugezählt werden. Ein Beispiel dafür sind die Gorani oder die Roma, die von albanischer Seite oft als serbische Kollaborateure angesehen werden. Vgl. dazu auch die UNHCR Studie „Update on the Situation of Roma, Ashkenalia, Egyptian, Bosniak and Gorani in Kosovo“, Prishtina 2003.

⁵ Mit der jugoslawischen Armee zog auch ein Großteil der serbischen Bevölkerung ab, sodass im Kosovo selbst die serbische Bevölkerung größtenteils nur in ruralen Enklaven, im nach wie vor ethnisch geteilten Mitrovica und im ethnisch mehrheitlichen Nordkosovo zurückblieb.

Innenpolitik bildet. Eine solche Zukunft des Kosovo als serbisches Protektorat genießt damit wohl einen höheren Stellenwert als eine wirkliche Integration des Kosovo oder gar der KosovarInnen als einer eigenständigen Nation(alität) in Serbien.

Der dritte übernationale Faktor und Akteur ist die Internationale Gemeinschaft: durch den Friedensschluss, der den Kosovokrieg 1999 beendete, wurde der Kosovo der Bundesrepublik Jugoslawien entzogen und unter internationale Administration gestellt. Zukünftig sollte die internationale Friedenstruppe KFOR den Schutz der Grenzen und der öffentlichen Ordnung garantieren und die in einem Säulensystem durch verschiedene internationale Organisationen betriebene Verwaltung des Kosovo ermöglichen. Während das Mandat für die Sicherheit des Protektorats die NATO innehat, ist für den Demokratisierungsprozess und die Wahlen die OSZE und für den wirtschaftlichen Wiederaufbau die Europäische Union zuständig.

Durch die Sicherheitsratsresolution 1244 vom 10. Juni 1999 wurde der Rahmen für das Wiederaufbauprojekt im Kosovo – UN Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) – geschaffen. Der Text der Resolution inkorporiert die Stellungnahme der G8 vom Mai 1999 (Annex 1) und den vom serbischen Parlament zur Kenntnis genommenen Ahtisaari-Chernomyrdin Text vom 3. Juni 1999 (Annex 2). Die Resolution begründet eine internationale militärische und zivile Präsenz im Kosovo. Ziel der letzteren soll es sein, als Zwischenschritt zu einer endgültigen Lösung eine Übergangsverwaltung zu errichten, die die Autonomie des Kosovo innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien sicherstellt und mithilfe demokratische Strukturen für die zukünftige Selbstverwaltung zu errichten.⁶ Den endgültigen Status des Kosovo und einen Zeitplan legt die Resolution freilich, im Unterschied zum von serbischer Seite nicht akzeptierten Friedensplan von Rambouillet, nicht fest. Dazu kommt, dass in der Resolution 1244 die Bundesrepublik Jugoslawien als Bezugspunkt für die staatliche Zukunft des Kosovo erwähnt wird. Die Bundesrepublik wurde jedoch 2002 von der Union Serbien-Montenegro abgelöst, womit sofort unterschiedliche Interpretationen begannen, ob die Bundesrepublik nun durch Serbien abgelöst wird (serbische Interpretation) oder mit dem Ende der Bundesrepublik nun auch das Ende der legalen Verbundenheit mit dem letzten Rest des ehemaligen Jugoslawien gekommen war und der Kosovo „nur“ mehr ein Protektorat ist, das noch seiner international ausgehandelten Statuslösung harrt (kosovo-albanische Interpretation).

Während die internationale Nachkriegsadministration im Kosovo viele Kompetenzen im Rahmen lokaler Selbstverwaltung schafft oder zunehmend abgibt, bleibt die staatliche Option

⁶ vgl. Paragraph 10 der Sicherheitsratsresolution 1244

nach außen (Grenzziehung, Militär etc.) und nach innen (territoriale Organisation etc.) offen. Zwar hat die internationale Administration und ihre rasch wechselnden obersten Repräsentanten⁷ bislang allen serbischen Rufen widerstanden, eine ethnische Kantonisierung des Kosovo zuzulassen und der Kosovo ist bis heute politisch multinational. Die ethnisch kompakte serbische Besiedlung im Norden des Kosovo könnte jedoch auch auf eine langfristige ethnische Teilung des Kosovo hinauslaufen, sollte die Internationale Gemeinschaft dem zustimmen. Durch die Märzunruhen von 2004, die zu noch mehr ethnischer regionaler Entmischung geführt haben, ist diese Option eher wahrscheinlich geworden. Die Unsicherheit über den Status und die Zukunft des Kosovo, sowie die zwischen den beiden ethnischen Gruppen sehr unterschiedliche Vorstellung über die staatliche und sozio-politische Verfasstheit des Kosovo dominiert alle Bereiche, so auch die Gender Frage.

Am stärksten und in ganz besonderer Weise in den Konflikt und in die Nachkonfliktphase sind die Bürger und Bürgerinnen des Kosovo involviert, wobei es in erster Linie kontext- und situationsabhängig ist und mitunter schwer zu bestimmen ist, in welcher Gruppierung sie jeweils von politischen und sozialen Ereignissen „betroffen“ sind bzw. in ihnen agieren. Die soziale Konstruktion des Nationalen geht jeweils davon aus, dass die gesamte nationale Gruppe agiert bzw. die vom Konflikt betroffenen Gruppen, wobei das in der sozialen Praxis niemals der Fall ist. Es agieren im Gegenteil jeweils Elitefraktionen im Namen der Nation also stellvertretend und vorgeblich repräsentativ für die jeweilige Gruppe. Dies bedeutet auch wieder nicht, dass solche Konflikte elitäre Phänomene sind, an denen die Masse der Bevölkerung nicht teilnimmt und von denen sie nur betroffen wird. Es kommt im Gegenteil insbesondere in der politisch-mobilisierenden und der organisatorischen Vorbereitung des Konfliktes und in der heißen Konfliktphase in der Regel zu einer Involvierung breiter Bevölkerungsschichten, nicht nur auf Seiten der Opfer (Adressaten von Gewalt, Plünderungen, Säuberungen, Massenvergewaltigungen etc.), sondern auch der gewaltausübenden oder von ihr zu mindestens direkt oder indirekt profitierenden Seite. Oft ist es nicht die unbekannte Soldateska, die plündert, vergewaltigt und mordet, sondern die Nachbarn und Bekannten, die sich der von oben organisierten Gewalt zumindest temporär anschließen. Diese soziale Nähe erklärt die besonderen Schwierigkeiten der Nachkriegs- und Wiederaufbauphase, in der der Abbau des Konfliktpotentials und ein sich daran anschließender Versöhnungsprozess zu einem mühsamen und langwierigen Projekt wird. Der Krieg von 1998/99 war in den langfristig konfliktgeladenen albanisch-serbischen

⁷ Mittlerweile ist der fünfte Verwalter im Amt, durchschnittlich wechselt die Führung des Protektorats also jährlich!

Beziehungen das seit langem gewaltsamste Ereignis und brachte einen tiefgreifenden Verlust des Vertrauens in die serbischen Nachbarn.

3.2 Wie verläuft der Konflikt?

Nicht vergessen werden darf, dass der Kosovo-Konflikt und seine Geschichte zwar wichtig und kennzeichnend für die Entwicklung des Geschlechterverhältnisses sind, dass aber die relative Benachteiligung und Marginalität des Kosovo in sozioökonomischer Hinsicht zwar teilweise aber keineswegs vollständig über die Konfliktgeschichte oder die multinationale Besiedlung und die darauf basierenden Konfliktlage zu erklären sind. Umgekehrt mag die sozioökonomische Randlage auch zur Mobilisierung dieses Randgebietes beigetragen haben, wenn dies sicherlich auch nicht die entscheidende Konflikt determinante war. Der Kosovo galt in Jugoslawien als das jugoslawische Armenhaus. Aus dieser Situation entstand eine Vielzahl von Problemen, die in der Zeit des jugoslawischen Staates vor allem als demographisches Problem angesehen wurde. Temporäre oder dauerhafte Abwanderung, Auswanderung und Emigration wurden zu Instrumenten um der sozialen und ökonomischen Not zu entkommen und den demographischen Druck, verursacht durch zu wenig Ressourcen und hohe Reproduktionszahlen, abzusinken. Diese Situation und die Notwendigkeit darauf zu reagieren traf beide Bevölkerungsgruppen, hatte jedoch ganz unterschiedliche Auswirkungen und wurde vor allem politisch-ideologisch unterschiedlich interpretiert – bezeichnend für den ethno-nationalen Konflikthalt und den Konfliktverlauf in den späten 1980er Jahren. Besonders von serbischer Seite wurde dieses Phänomen mit ethno-nationaler Verfolgung durch die AlbanerInnen erklärt, die zu viele Kinder hätten und die Modernisierung des Kosovo damit verhinderten.

In einem Vergleich der Geburtenrate ergab sich das für die Randlage des Kosovo und seine verspätete Modernisierung wenig verwunderliche Bild, dass die Geburtenrate im Kosovo wesentlich höher lag als in anderen Teilrepubliken oder autonomen Provinzen. Und zwar, was auf strukturelle Gründe schließen lässt, bei beiden Volksgruppen. So ist die Geburtenrate von Serbinnen im Kosovo wesentlich höher als etwa die ihrer Geschlechtsgenossinnen in Serbien. Im Vergleich zwischen den Volksgruppen des Kosovo liegt die Geburtenrate der Albanerinnen tatsächlich etwas höher und vor allem sind die Abtreibungszahlen im inter-ethnischen Vergleich niedriger. Dies ist wohl ein Phänomen, das mit den soziokulturell noch traditionelleren Lebensumständen und dem stärker bäuerlich-ruralen albanischen Milieu erklärt werden kann und nicht einem ausgeklügelten politischen Plan der ethnischen Überfremdung entspringt. Die wichtige Rolle der Demographie und einer sehr einseitigen Interpretation demographischer Phänomene ist jedoch ganz typisch, wenn es um ethno-

ationale Konflikte und mit ihnen verbundener Argumentationsstränge geht (Petrović 1987 sowie Mežnarić 1991).

Nicht zuletzt wurde die zunehmende verfassungsrechtliche Gleichstellung des Kosovo mit anderen Teilrepubliken, insbesondere durch die Verfassung von 1974, die es den Kosovo-AlbanerInnen erstmals in ihrer Geschichte ermöglichte, eine eigenständige Rolle im jugoslawischen politischen System zu spielen, eine repräsentative politische Elite und politische Institutionen auszubilden und sich am politischen Prozess in ausreichendem Ausmaß zu beteiligen, als negativ und für das Schicksal der SerbInnen im Kosovo bedrohlich angesehen. Das „roll back“ der Verfassung von 1974 wurde so zu einer serbischen Kernforderung, die insbesondere durch das politische Vakuum nach dem Tode Titos immer lauter wurde.

Darüber hinaus würden sie durch die von ihnen erzwungene Abwanderung der SerbInnen ihren Plan der Realisierung eines serbischen Genozids im Kosovo vorantreiben und so serbisches Kernland schleichend „albanisieren“. Dahinter stünde die endgültige Eingliederung des Kosovo in einen geplanten großalbanischen Staat. In dieser Hinsicht wurde das Phänomen der relativen Unterentwicklung und Randlage zur permanenten Mobilisierungsquelle gerade in Serbien selbst (benutzt). Die Mobilisierung erfolgte also, ganz entsprechend der Randlage und relativ schwach entwickelten, nachholenden Institutionalisierung im Kosovo, in Serbien. Unter anderem hat dies auch damit zu tun, dass die serbische Abwanderung aus dem Kosovo in erster Linie in die politischen und wirtschaftlichen Zentren Serbiens erfolgte, wo sie dann ab den 1980er Jahren zu politischer „Munition“ wurde. Während die serbische Abwanderung meistens eine permanente war, d.h. Familien und Individuen aus dem Kosovo abwanderten und sich dauerhaft in Serbien niederließen, verlief die Entwicklung bei den AlbanerInnen ganz anders. Die albanische Abwanderung war sehr oft nur temporär oder zumindest nur als temporäre Abwanderung mit Rückkehrabsicht gedacht (ein typisches Phänomen der Arbeitsmigration) und erfolgte, in erster Linie in das westliche Ausland und in einem geringeren Ausmaß auch in andere jugoslawische Republiken, in denen es entweder auch eine albanische Minderheit gab, wie in Mazedonien, oder in die jugoslawischen Wachstumszentren.

Spezifisch für die Konfliktgeschichte des Kosovo ist, dass der Vorwurf des Genozids an den SerbInnen und insbesondere der Vergewaltigung von Serbinnen und Serben durch die Albaner am Beginn der neueren Konfliktgeschichte steht: zwar konnten diese Anschuldigungen nicht bewiesen werden – im Gegenteil dienten sie wohl in erster Linie der

großserbischen Mobilisierung zu Beginn der 1980er Jahre – doch zeigen sie ganz deutlich, dass dem ethno-nationalen Konflikt die Metapher des nationalen Körpers, der durch den nationalen Feind verletzt und gedemütigt wird – zugrunde liegt. Dabei sind die Übergänge zwischen nationalen Phantasien und Realitäten fließend, doch politisch äußerst bedeutsam: ob Vergewaltigungen imaginiert oder tatsächlich als politisches und militärisches Instrument verwendet wurden, macht dann einen Unterschied um das Ganze. Der ab den späten 1980er Jahren unternommene Versuch aus dem jugoslawischen ein großserbisches Projekt zu machen, arbeitete zu einem überwiegenden Anteil mit der Viktimisierung der eigenen Gruppe, wobei vor allem historische Fakten wie Geschichtsklitterungen herangezogen wurden. Um die vermeintlichen Angriffe auf die eigene Gruppe abzuwehren, ist präventiv jedes Mittel zulässig. Der eigene Genozid wird durch den Genozid an der anderen Gruppe „verhindert“, die angeblichen Vergewaltigungen werden durch reale Vergewaltigungen gerächt etc.

Nicht nur im Fall Kosovo gibt es wenig sozialwissenschaftliche Forschungen – und noch weniger im Bereich der Gender Forschung – allerdings fällt es hier besonders schwer, den genderspezifischen Impact des Kosovokonflikts darzustellen.⁸ Das hat damit zu tun, dass es schwer ist und immer etwas Künstliches hat, den Anfang dieses Konfliktes festzulegen, da wie oben bereits beschrieben dieser Konflikt viel länger dauert als der Verbleib des Kosovo in Jugoslawien, und der Kosovokrieg von 1999 selbst nur eine kurze Episode in einer viel längeren Konfliktgeschichte ist. Es hat auch damit zu tun, dass die Konfliktarena und auch die Ebene, auf der das Geschlechterverhältnis zu untersuchen ist, unklar ist: ist das Geschlechterverhältnis vor dem Zusammenbruch des ehemaligen Jugoslawien eines das auf der gesamtjugoslawischen Ebene untersucht werden müsste und in dem die spezifische Situation des Kosovo dann eine lokale Variante des größeren jugoslawischen Geschehens ist, oder ist der kosovarische Kontext der wirklich entscheidende, innerhalb dessen dann die typisch albanisch-serbische Konfliktkomponente untersucht werden muss und dem Geschlechterverhältnis zugrunde liegt? Jede dieser Festlegungen ist im Grunde genommen, arbiträr und verändert „nur“ den Fokus bzw. die Grenzen, die für die Fragestellung als momentan geltend herangezogen werden. Da aber für den Kosovo und im Grunde auch für das ehemalige Jugoslawien eine solche Fragestellung insgesamt wenig bis kaum systematisch behandelt wurde, ist diese Festlegung damit zwar zu treffen, es muss aber klar sein, dass es wenige Informationen gibt, weder über das Geschlechterverhältnis im Kosovo vor dem Konflikt, noch darüber wie es sich in welcher Konfliktstufe wie verändert hat und schließlich wie es sich heute darstellt. Folgende Stufen können trotzdem vorläufig festgelegt werden, um

⁸ Einige Ausnahmen finden sich im Quellenverzeichnis.

das Geschlechterverhältnis zu untersuchen: die Periode vor 1998/99, der eigentliche Krieg sowie die Nachkriegsperiode, wobei jedes „Ende“, jede Lösung des Konflikts in dieser Hinsicht nur vorläufig sein kann.

Nach der Aberkennung der Autonomie und der Errichtung eines apartheidähnlichen Zustandes wurde die öffentliche Sicherheit und Ordnung für die Kosovo-AlbanerInnen legal und praktisch außer Kraft gesetzt. Willkürliche Verhaftungen, Folterungen, Morde, Verschleppungen und Vergewaltigungen waren an der Tagesordnung und wurden von lokalen wie internationalen Menschenrechtsgruppen dokumentiert. Mit der Verschärfung des Konfliktes wurde eine Lesart der Geschlechterordnung entlang der ethno-nationalen Zugehörigkeit durchgesetzt: den Kosovo-AlbanerInnen beiderlei Geschlechts wurde ihre Ohnmacht immer wieder vor Augen geführt, sie wurden als Kollektiv wie als Individuen und BürgerInnen entmachtet. Die traditionellen Geschlechterrollen wurden zugleich außer Kraft gesetzt und gleichzeitig negativ verstärkt: „weibliche“ Schwäche wurde zu einem Merkmal der gesamten Gruppe, Stärke und Schutzfähigkeit zu einem nicht vorhandenen, aber angestrebten Ideal. Dies bezog sich aber nicht nur auf die politische Ebene, sondern von da aus auf alle gesellschaftlichen Bereiche, die Serbisierung bzw. die Schließung vieler öffentlicher Institutionen auch außerhalb des politischen Bereichs. Zu zusätzlichem ökonomischen Druck kam es durch die Entlassungen aus dem öffentlichen Sektor. Der forcierte Rückzug aus dem öffentlichen Leben führte zu Verarmung, zu einer höheren Belastung von Haushalten und Familien sowohl in den Städten als auch den Dörfern. Die sich ständig verschlechternde Sicherheitslage führte bei den Männern, die weder das Kollektiv noch ihre Familien und Frauen schützen konnten, zu einem Gefühl der Degradierung und zu Selbstabwertung. Oft wurde darauf mit einem Rückzug in die Privatsphäre geantwortet, in dessen Rahmen die Geschlechterordnung aufrechterhalten werden konnte. Von diesem Rückzug waren besonders Frauen und Kinder, und hier wiederum die Mädchen betroffen, die dem Ausschluß aus dem staatlichen System, in das sie aber von vorneherein weniger integriert waren, ansonsten genauso ausgesetzt waren. Ihr unter Druck des „nationalen Feindes“ erreichte Rückzug in den privaten Rahmen konnte in dieser Situation nicht infrage gestellt werden und hatte für die Männer der eigenen Gruppe durchaus entlastende Funktion. Die Errichtung des sogenannten Parallelsystems, also der von den Kosovo-AlbanerInnen und ihrer politischen Führung organisierten Parallelinstitutionen fingen den Ausschluss der Kosovo-AlbanerInnen zwar teilweise auf, aber auch hier kam es durch die Besatzung zu einem stärker ausgeprägten Rückzug auf Tradition und Konvention.

Dies vor dem gesamtjugoslawischen Phänomen der post-sozialistischen Transition, die Werte wie die Gleichberechtigung der Frau und ihren Anspruch am öffentlichen Leben als kommunistisches Erbe abzulehnend ohnehin entwertete und durch konservativ-traditionelle Weiblichkeits- und Männlichkeitsvorstellungen ersetzte. Nicht zuletzt erfolgte dies über eine Aufwertung von Religion und der Ermächtigung religiöser Führer in diesem Prozess.

Nicht vergessen werden darf auch folgendes Phänomen, das ich als ein Balkanphänomen bezeichnen würde: in der Region gibt es ein jahrhundertealtes Misstrauen gegen den Staat, der in der Regel gewaltsame Fremdherrschaft bedeutete. Der fremde Staat mußte sich nicht für die lokale Bevölkerung interessieren und handelte selten in ihrem Interesse. Dies führte zu einem viel längeren kollektiven dörflichen und aus Großfamilien gebildeten sozialen System, das eigentlich immer auf Abwehr ausgerichtet war, sich selbst organisierte und Regeln vorgab. So war gerade das stark patriarchale Gewohnheitsrecht in den Rückzugsgebieten und Randlagen, wie es der Kosovo eine ist, viel länger in Gebrauch als anderswo (Musaj 2003). Die Stellung der Frau war in diesem traditionellen Verständnis eindeutig um vieles geringer als die des Mannes. Es gab keine Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben und auch in der Familie waren sie generationsspezifisch nicht nur ihren Vätern und später ihren Ehemännern unterworfen, sondern auch weiteren männlichen Verwandten. Sie hatten nach diesem Verständnis keinen Zugang zu Vermögen und wurden auch in der Erbfolge übergangen, es stand ihnen auch keine Entscheidungsgewalt über ihre familiären Angelegenheiten wie die Eheschließung oder die Kinder zu. Alles war patriarchal geregelt und wurde bei Zuwiderhandeln strengstens bestraft, oft mit dem Tod. Nun sind diese traditionellen Vorstellungen ein Teil der Geschichte, die Modernisierung des 20. Jahrhunderts und gerade die Periode des sozialistischen Jugoslawien hat im Kosovo wie im Rest des Staates moderne Vorstellungen über die Rolle der Frau durchgesetzt, obwohl der Staat sich hier auch selbst die Rolle eines (freilich weiseren und aufgeschlosseneren) Patriarchen angemäßt hat. Vor dem Hintergrund des ethno-nationalen Konfliktes und seiner Hierarchisierung, die die Kosovo-AlbanerInnen eindeutig auf den zweiten Platz verwies, blieb der Traditionalismus ein zugeschriebenes Stereotyp über die primitiven und unterentwickelten Albaner und ihre ungebildeten und gebärfreudigen Frauen wie eine teilweise auch von den Kosovo-Albanern selbst aufgegriffene soziale Ressource, die gerade mit dem Ausfall der Gültigkeit moderner universalistischer und rechtsstaatlicher Normen an Verheißung zunimmt.

Obwohl der Übergang zwischen dem *low intensity conflict*, den es im Kosovo bereits jahrelang gab und der heißen Konfliktpphase ein fließender war, verschlechterte sich die Sicherheitslage 1997 mit dem Auftreten der UÇK, der albanischen Guerilla, deutlich. Diese

war unter einem ethno-nationalen Gender Aspekt betrachtet, die lang ersehnte Rückgewinnung von Stolz und männlichem Verhalten der unterdrückten Nation. Die Angriffe der UÇK auf serbische Sicherheitskräfte und albanische Kollaborateure wurden mit kollektiven Repressionen gegen UÇK-Mitglieder, ihre Familien oder vermeintliche UnterstützerInnen und SympathisantInnen beantwortet. Zu diesem Zeitpunkt begannen auch bereits vereinzelt Vergewaltigungen, wie *Human Rights Watch* berichtet.⁹ Ab 1998 versuchte Belgrad aber nicht nur die UÇK und ihre Basis zu zerstören, sondern begann mit großflächigen ethnischen Säuberungen, wie sie ähnlich bereits aus den Kriegen in Kroatien und Bosnien bekannt war: die kosovo-albanische Bevölkerung sollte ausgesondert, aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben und so weit wie militärisch möglich und von internationaler Untätigkeit zugelassen aus dem Kosovo in die albanisch besiedelten Nachbargebiete (Albanien, Mazedonien und Montenegro) vertrieben sowie ihre Rückkehr verhindert werden. Damit würde der Kosovo seiner nach großserbischen Vorstellungen eigentlichen Bestimmung als serbisches Kernland entsprechen. Bei der vorhandenen demographischen Lage einer rund 90 prozentigen albanischen Besiedlung wurde auch eine ethnische Teilung des Kosovo zwischen Serbien und Albanien angedacht.

Die unmittelbare Konfliktphase führte praktisch zunächst zu einer gewaltsamen und von offenem Terror begleiteten Umsiedelung und internen Vertreibung der Mehrheit der Kosovo-Albaner beiderlei Geschlechts, in der späteren Kriegsphase wurden viele Kosovo-AlbanerInnen in die Berge und über die Grenzen des Kosovo vertrieben. Viele Familien wurden voneinander getrennt, viele starben auch an Hunger und Erschöpfung. Neben den Vertreibungen und Plünderungen¹⁰ kam es zu systematisch geplanten Massakern an der Zivilbevölkerung, vor allem an Männern jeden Alters, die dann nicht als unbewaffnete Zivilisten, sondern als UÇK-Kämpfer ausgegeben wurden, aber auch an ganzen Dörfern. Viele Menschen verschwanden einfach und tauchten später in Massengräbern im Kosovo und in Serbien wieder auf, viele bleiben bis heute verschwunden.¹¹

Es gab viele (genaue Zahlen existieren bis heute nicht, die Schätzungen gehen auf jeden Fall in die Tausende) zum Teil systematische Vergewaltigungen durch serbische Polizei, jugoslawische Armeeangehörige und vor allem durch Paramilitärs.¹² Viele Frauen wurden vor

⁹ Die Terror verbreitende Wirkung des Wissens über die bosnischen Massenvergewaltigungen wird dabei wiederholt von Männern und Frauen gleichermaßen beschrieben.

¹⁰ UNIFEM beschreibt in ihrer Studie „Women at Work“ (2000), dass die Ausplünderung von fast der Hälfte aller Flüchtlinge nicht nur zur Vernichtung von Vermögen führte, sondern dass Frauen ungleich stärker betroffen waren. Ihnen wurde nämlich das Gold abgenommen und damit die einzige ökonomische Ressource die sie in der Regel besitzen.

¹¹ 2004 wurden immer noch über 5000 Menschen aus der Zeit des Krieges vermisst.

¹² Siehe dazu den Report von Human Rights Watch, „Rape as a Weapon of Ethnic Cleansing“, March 2000

den Augen ihrer Familie oder anderen Flüchtlingen vergewaltigt. Es gab immer wieder Erpressungen, Entführungen und sexuelle Folter. Zumeist waren die weiblichen Opfer noch sehr jung. Genaue Zahlen gibt es bis heute nicht. Nach wie vor ist es schwierig, dazu Zeugenaussagen zu bekommen. Es kam auch zu Vergewaltigungen an Männern, die aber noch ein größeres Tabu zu sein scheinen. Auch hier geht es symbolisch betrachtet darum, dem Feind seine oft als weiblich etikettierte Schwäche vor Augen zu führen und das in einer Situation in der männliche Stärke erforderlich ist. Im patriarchalen Verständnis ist immer die Frau schuld an der Vergewaltigung bzw. konnte sie ihre Ehre nicht retten und oft wäre der Tod die geringere Schande. Viele Frauen fürchten nicht nur ihre eigene Stigmatisierung und die Verstoßung aus Familie und Dorfgemeinschaft, sondern insbesondere auch den Ehrverlust für ihre Männer, die sie nicht schützen konnten. So ist es besonders außerhalb der städtischen Zentren für Frauen schwer anonym zu bleiben und Hilfe zu bekommen.

Außer Tod, Folterung, Vergewaltigung, Erpressung und Raub wurden vielen Kosovo-Albanerinnen auch sämtliche Personaldokumente abgenommen, um sie so zu staatenlosen Flüchtlingen zu machen, die nicht mehr in den Kosovo zurück können.

Die Nachbarstaaten reagierten zum Teil sehr negativ auf die völlig mittellosen und traumatisierten Flüchtlinge, ließen sie oft ohne staatliche Unterstützung. Insbesondere Mazedonien versuchte, Flüchtlinge nach Albanien abzuschieben. Dort wiederum fielen die unbewaffneten und erschöpften Flüchtlinge oft ausraubenden Banden zum Opfer. In allen diesen Situationen flüchteten Frauen mit ihren Familien oft ohne Männer im wehrfähigen Alter, die entweder schon geflohen waren, kämpften, gefangen bzw. ermordet wurden. Auch die großteils ohne internationale Hilfe bewerkstelligte Rückkehr in den Kosovo nach Kriegsende wurde sehr oft von den Frauen allein bewältigt.

In einer solchen Situation bedeutet Normalisierung und Wiederaufbau oft den von Frauen geteilten Wunsch einen als positiv empfundenen Teil der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung und einer traditionellen Geschlechterordnung wieder einzusetzen, eine Rückkehr zu den oft idealisierten Vorkriegszuständen. Konfrontiert ist die Nachkriegsgesellschaft des Kosovo aber mit der materiellen wie sozialen Zerstörung dieser Ordnung, sei es dadurch, dass viele Männer in allen Altersstufen getötet oder verletzt wurden und behindert blieben, sei es, dass ein Großteil der Infrastruktur und Wohn- wie Arbeitstätten zerstört wurden.

Hier stellte sich nicht nur der Internationalen Gemeinschaft eine große Aufgabe, zum Teil wurde auch zuviel von ihr erwartet. Es war eine von jahrzehntelanger Besatzung und einem relativ kurzen heißen Konflikt betroffene und traumatisierte Gesellschaft, die sich den hohen Anforderungen des Wiederaufbaus stellen musste. Nicht nur waren hier Frauen besonders gefordert, sie hatten sich gleichzeitig auch den Herausforderungen einer sich vor dem Hintergrund von Konflikt und Krieg wie einer unsicheren Zukunft des Kosovo gerade auch im Geschlechterverhältnis traditionalisierenden Gesellschaft zu stellen.

4. Welche Auswirkungen haben die Ereignisse auf die Institutionen?

4.1 Soziokulturelle Institutionen

Familie und Verwandtschaftsbeziehungen

Die traditionelle „Balkanfamilie“ ist eine patriarchale Familie, die nicht bloß eine erweiterte Kernfamilie ist, sondern in der die Brüder mit ihren Familien unter einem Dach wohnen. Sie ist eine patrilinear organisierte Abstammungsgemeinschaft, exogam, patrilokal und weist eine rein männliche Erbfolge auf. Das kosovarische Gewohnheitsrecht, der sogenannte *kanun*, ist nicht offiziell in Kraft, doch gerade während der langen Phasen der politischen Unsicherheit, wie sie auch die Nachkriegszeit wieder eine ist, erwies und erweisen sich die sozial gültigen und gefestigten Normen als sehr beständig, z.B. was das Familien- und Erbrecht, das Sorgerecht im Falle von Scheidung oder Verwitwung angeht.

Während diese Familienform auch im Kosovo bereits eine nur noch selten vorkommende Familienform ist, ist der Großfamilienverband mit mehreren Generationen, teilweise noch immer die bestehende, oder da wo sie auch bereits aufgegeben wurde, die zumindest als Norm wirksame Familienform. Daneben setzt sich aber auch die Kernfamilie als modernste Form der Familie ebenfalls normativ immer mehr durch, insbesondere bei den besser ausgebildeten städtischen Schichten.

Große Unterschiede was die familiäre Organisation angeht, bestehen zwischen den ländlich-dörflichen Gebieten und den Städten, weil am Land die Großfamilie vor allem auch eine landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaft darstellt. Die durchschnittliche Haushaltgröße in den ländlichen Gebieten ist größer als in der Stadt. Die Kernfamilie ist ein städtisches Phänomen, die Familienoberhäupter am Land sind fast ausschließlich männlich, während es in den Städten, wenn auch in geringem Maß, bereits weibliche Haushaltsvorstände gibt.

Die Stellung der Frauen am Land ist geprägt durch den fehlenden Zugang zu den Produktionsmitteln, da die Frauen in der Regel keinen Landbesitz haben. Das ist zwar kein legales Problem, da die Gesetze die Gleichberechtigung von Frauen auch in Eigentums- und Erbschaftsfragen vorsehen, aber traditionell wird ihnen der Landbesitz meist verweigert. Frauen sind zumeist in der Landwirtschaft sowie mit der Versorgung der Familie beschäftigt. Die wesentlich schlechteren Beschäftigungsmöglichkeiten und die meist unzureichende infrastrukturelle Versorgung am Land erhöht die Belastungen der Frauen und verschlechtert die Ausbildungschancen und damit zukünftige Einkommensmöglichkeiten der Mädchen.

In den Städten wiederum sind die Frauen von der viel höheren Frauenarbeitslosigkeit betroffen, die von immer höheren Lebenskosten verursacht wird. Sie haben zwar mehr *“room for manoeuvre“*, mehr Entscheidungsfreiheit und leichteren Zugang zu Ressourcen, ihnen fehlen aber die dichten familiären Netzwerke, die am Land noch bestehen.

Die weitaus wichtigere Rolle, die Familie und Verwandtschaft im Kosovo im Vergleich zu modernisierteren Gesellschaften haben, besteht nicht nur aus traditionell-kulturellen Gründen, sondern hat seine Ursachen auch in der zurückliegenden und der rezenten politischen (Konflikt)Geschichte. In der Vergangenheit bis in die Gegenwart war es oft ein feindlicher, fremder Staat, der eine öffentliche Sphäre entweder gar nicht entstehen ließ oder sie nach Gutdünken unterdrückte und zuweilen auch auslöschte. Als Reaktion darauf blieb der familiär-verwandtschaftliche Rahmen faktisch und symbolisch ein wichtiger Bezugspunkt, auf den man sich reaktiv defensiv in Zeiten von Not und Krise zurückziehen konnte. Gerade die Aufhebung der Autonomie Ende der 1980er Jahre führte zu einem solchen Rückzug aus Sicherheitsgründen und aus ökonomischer Not. Ob das im Untergrund aufgebaute parallele öffentliche System eher Gegenöffentlichkeitscharakter oder ein Phänomen kleinteiliger sozialer Schließung war, ist schwer zu beurteilen. Die „normale“ Öffentlichkeit auf staatlicher Ebene war jedenfalls vom Besatzungsregime besetzt.

Für das Geschlechterverhältnis hatte diese Mischung aus Aus- und Abschluss jedenfalls negative Konsequenzen. Die Abkehr von den modernen Lebensformen und die zumindest teilweise Betonung traditionellerer Organisationsformen und Lebensstile, in Kombination mit der drastisch schlechter werdenden Sicherheitslage und der Pauperisierung benachteiligte vor allem Frauen und Mädchen und dies in vielfältiger Weise. Aus dem öffentlichen System wurden Frauen schneller verdrängt als ihre männlichen Pendanten. Im ressourcenmäßig schlechter ausgestatteten Parallelsystem waren ihre Chancen Arbeit, Ausbildung aber auch

gesundheitliche Versorgung zu bekommen (gender)verhältnismäßig viel geringer.¹³ Ressourcen wurden, wenn man eine Auswahl zu treffen hatte, eher Männern bzw. Söhnen zugeteilt. Das Sicherheitsproblem sowie das im Untergrund Tätigsein wurde von vielen als für Frauen und Mädchen zu unsicher qualifiziert, ein Wiedererstarken traditioneller Werte und Rollenvorstellungen verstärkte diesen Trend der schleichenden Exklusion von Frauen aus dem öffentlichen Leben und ihre Rückkehr in die Familie zusätzlich. Zwar gab es diesen Schub an konservativem Gedankengut auch in den anderen Krisen- und Kriegsschauplätzen im ehemaligen Jugoslawien, doch darf dabei die Randlage des Kosovo und vor allem die Tatsache, dass der Konflikt solange dauerte (die Autonomie wurde bereits Ende der 1980er Jahre aufgehoben), und konservative Trends ausreichend Zeit hatten, Wurzeln zu schlagen, nicht unterschätzt werden.

Auf der anderen Seite gibt es seit 1999 die internationale Präsenz, die sicherlich auch wertewandelnd wirkt, etwa durch die Tatsache, dass viele ausländische Frauen im Kosovo arbeiten, unter anderem in der Friedenstruppe KFOR als Soldatinnen und somit neue Rollenbilder „angeboten“ werden.

Die Tatsache, dass Frauen heute sehr stark vom Zugang politischer Macht, Bildung und Arbeitsplätzen abgeschnitten sind, hat seine Ursache sicherlich auch in dieser Zeit, in der sich angesichts des starken Abfalls der generellen Lebensumstände eine Schere zwischen Männern und Frauen auftrat.

Ein Phänomen, das zwar durch die Randlage des Kosovo, aber auch durch die Krisen- und Konfliktgeschichte erklärbar ist und direkte Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis hat, ist der große Umfang von Arbeitsmigration (wobei viele auch politische und Sicherheitsbedenken hatten, im Kosovo zu bleiben). Es gibt Schätzungen, dass sich 400.000 Männer im Alter zwischen 25 und 45 im Ausland aufhalten, dort arbeiten, regelmäßig Geld für die Familie schicken und in der Regel einmal jährlich in den Kosovo zurückkehren. Ihre Frauen, die sogenannten *weißen Witwen*, müssen die Männer als Haushaltsvorstände entweder ersetzen oder ein männlicher Verwandter übernimmt die Rolle des Haushaltsvorstandes. Die Frauen übernehmen in einer solchen Situation auf jeden Fall neue familiäre und nichtfamiliäre Belastungen und sind verstärkt von der Familie abhängig. Während viele Angehörige der mittleren (männlichen) Generation sich im Ausland befinden, wächst eine große Gruppe

¹³ So sind die Säuglingssterblichkeit und auch die Müttersterblichkeit die höchsten in ganz Europa, siehe UNDP „Human Development Report“ (2002)

junger (zumeist arbeitsloser) Leute nach, die versorgt werden muss. Der Kosovo weist die jüngste Bevölkerung in Europa auf.¹⁴

Noch schlimmer und extremer ist die Lage für Witwen und ihre Familien, also diejenigen, die im Krieg Väter, Brüder und Söhne verloren haben und zusätzlich zu emotionalen Traumata sehr oft ohne den traditionellen Versorger dastehen. Frauen müssen in solchen Fällen entweder die Familienlasten allein auf sich nehmen, sich unter den Schutz und die Einschränkungen der „alten“ Familie begeben oder sich neu verheiraten.

Durch den Krieg hat sich vieles verändert: das Stadt/Land-Gefälle ist stärker geworden, da das Land durch die stärkere Zerstörung der Infrastruktur, des Wohnraumes aber auch durch Verminungen ein viel gefährlicherer Ort war und die internationale Gemeinschaft nach dem Friedensabkommen zunächst daran ging, die Städte wiederaufzubauen. Zusätzlich ist die internationale Präsenz auch eine gigantische Ressourcenquelle bzw. Umverteilungsstelle von Ressourcen aller Art (Sicherheit, politische Macht, Arbeit, Ausbildung etc.). Das hat insbesondere die Hauptstadt, jedoch Städte insgesamt, für die Landbevölkerung viel attraktiver gemacht, sodass es eine starke Landflucht gibt, wodurch sich die Städte wild erweitern und damit die Gefahr der Slumbildung besteht. Und das trotz der Tatsache, dass die Lebenshaltungskosten gerade in den Zentren auch wegen der internationalen Präsenz stark angestiegen sind und sich so der Druck auf die dort lebende Bevölkerung erhöht.

Religion

Bislang war die Religion und die unterschiedlichen religiösen Bekenntnisse kein wichtiges strukturelles Merkmal des Konfliktes, weil dieser anhand ethno-nationaler und nicht religiöser Grenzen verläuft. Trotzdem spielt die Religionszugehörigkeit eine politische Rolle, etwa die orthodoxen Kirchen und Klöster, die ein Argument für territoriale Ansprüche bilden. Bislang wurde von serbischer Seite immer wieder versucht, den Konflikt als einen religiös-zivilisatorischen Konflikt zwischen Islam und (orthodoxem) Christentum darzustellen, um Sympathien für die eigene Sache im christlichen Westen zu gewinnen. Ebenso ist die Religion kein wichtiger und jedenfalls kein negativer Faktor im Geschlechterverhältnis. Im Vergleich zum Gewohnheitsrecht und dem von ihm bestimmten Normen sind alle drei im Kosovo verbreiteten Religionen Islam, Katholizismus und Orthodoxie und ihre Vertreter zumindest was die verbale Unterstützung der Rechte der Frauen angeht, aufgeschlossener.

¹⁴ 63% der Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt, mehr als 50% jünger als 25.

4.2 Politische Institutionen

Die politischen Institutionen wie das gesamte politische System im Kosovo gehören teilweise der Internationalen Gemeinschaft an, zum Teil sind sie lokal. Das Internationale Protektorat ist mit der Übergangsverwaltung des Kosovo betraut, wobei es seine Aufgabe ist, die Selbstverwaltung des Kosovo vorzubereiten, noch bevor der endgültige Status des Kosovo geklärt ist. Im Bereich des UNMIK wurde ein Gender Adviser eingesetzt und ein *Office of Gender Affairs*¹⁵ gegründet. Für den Kosovo wurde unter der Leitung von UNIFEM ein *Kosovo Action Plan for the Advancement of Gender Equality* für die unterschiedlichen politischen Ebenen entwickelt, weil der Kosovo, was Gender Equality angeht, nach dem *UNDP Human Development Index for Kosovo* (2002) besonders schlecht abschneidet.

Während also von der Internationalen Gemeinschaft Gender Institutionen eingerichtet wurden, Gender Equality und Gender Mainstreaming gängige (und häufig auch nur oberflächlich-modisch verstandene) Prinzipien sind, wurde die politische Macht im Protektorat unter dem weitgehenden Ausschluss von Frauen verteilt, obwohl es gerade innerhalb der in der Zeit des Tito-Kommunismus sozialisierten Generation ein starkes Potential an gut ausgebildeten und professionell erfahrenen Frauen gibt. Ein Trend, der sich durch die Zerstörung der Autonomiestrukturen leider sehr stark abgeflacht hat, was auf einen großen Nachholbedarf für die unter dem Parallelsystem groß gewordenen Generationen hinweist.

Der Ausschluss der Frauen aus dem politischen Machtspiel betraf aber keineswegs nur den nationalen/lokalen Bereich, vielmehr ging die Internationale Gemeinschaft hier (aus Unwissen, ihrer eigenen Routine gemäß oder aus falsch verstandenem Respekt vor der Tradition?) mit schlechtem Beispiel voran, in dem sie wenig lokale Frauen in der internationalen Verwaltung beschäftigte. Dies hatte wieder Auswirkungen auf die lokale Ebene: so war 1999 keine einzige Frau im *Kosova Transitional Council (KTC)*, der die politische Gemeinschaft des Kosovo repräsentiert. In der Exekutive sind nur zwei der Ministerien von Frauen besetzt. Bei den Wahlen von 2000 wurde zwar seitens der Internationalen Gemeinschaft versucht, die Kandidatur und die Wahl von weiblichen Kandidaten zu forcieren, trotzdem wurden (wegen des Wahlrechtes, das es ermöglichte Kandidaten aus den Wahllisten zu wählen) nur acht Prozent Frauen in das Parlament gewählt. 90 Prozent der Mitglieder der Lokalverwaltung und 87 Prozent der Mitglieder der lokalen Ratsversammlungen waren männlich. Seit den letzten Parlamentswahlen 2004 sind bereits 27,5 Prozent der Abgeordneten Frauen, in den lokalen Ratsversammlungen gibt es immerhin

¹⁵ in dem es pikanterweise bis 2001 keine Frau in einer höheren Position gab.

28 Prozent Frauen. 25 Prozent der RichterInnen und 17 Prozent der StaatsanwältInnen, sieben Vorsitzende der 18 parlamentarischen Komitees sind Frauen. Hier gibt es einen eindeutig positiven Trend zur Verbesserung, der einer gemeinsamen Anstrengung von genderbewussten Aktivitäten auf lokaler (Frauen NGOs), nationaler (Frauen aus dem politischen und ökonomischen Establishment) und internationaler (genderrelevantes und –bewusstes Handeln der Internationalen Gemeinschaft in- und außerhalb des Kosovo) Ebene entspringt.

Zivilgesellschaft

Im Kosovo gab es vor dem Krieg, als eine der Reaktionen auf den Entzug der Autonomie und der Ausweisung der AlbanerInnen aus den staatlichen Strukturen eine lebendige NGO-Szene, die ganz zentral von Frauen organisiert war und sich nicht ausschließlich, aber ganz gezielt mit Frauenthemen und Frauenrechten beschäftigte und einen wichtigen Teil der Parallelstrukturen bildete. Zum Teil blieb sie auch während des Krieges aktiv und versuchte den Frauen und ihren Angehörigen beizustehen. Nach dem Krieg nahmen viele dieser NGOs ihre Aktivitäten wieder auf und erweiterten sie um die Beschäftigung mit kriegsverursachten Problematiken (Freilassung von Verschleppten, Suche nach Vermissten, Hilfe für Waisen und vergewaltigte Frauen, Betreuung von Traumatisierten etc.). Daneben gab es auch immer wieder Kooperationen mit internationalen Frauen-NGOs, die auch im Kosovo tätig sind, obwohl es hier zum Teil zu einem verzerrten Wettbewerb um Ressourcen kommt, die für die internationalen NGOs von ihren traditionellen *donor communities* leichter anzuwerben sind als für die lokalen, denen die organisatorische und personelle Anbindung zum Ausland oft fehlt. Das führt unter anderem zum Verlust von lokaler Expertise und zu wenig Nachhaltigkeit für die Zukunft und den Zeitpunkt, wenn sich die Internationale Gemeinschaft aus dem Kosovo zurückziehen wird. Zu den wichtigsten NGOs zählen:

Centre for the Protection of Women and Children, Motrat Qiriazhi, Kosovo Women's Network, Kosovo Women Initiative, NORMA, Partners Kosova, Edona, Kosovo Knot. Nachholbedarf gibt es hier für die Unterstützung von NGOs für die Minderheiten.

Der Bildungssektor als ein besonders wichtiger Sektor

Die Zeit der Apartheid im Kosovo hat eine ganze Generation von Kosovo-AlbanerInnen von adäquater Bildung ferngehalten. Zwar wurde der Unterricht im Untergrund fortgeführt, doch war man weitgehend von der Außenwelt isoliert und die Quantität wie die Qualität des Unterrichtes kann nicht mit den Jahren davor verglichen werden. Und das, obwohl schon während des Bestehens Jugoslawiens viele, die eine bessere Ausbildung haben wollten, aus dem Kosovo in andere Teilrepubliken auswichen. Diese Möglichkeiten waren nun versperrt. Frauen und Mädchen waren bereits in dieser Zeit aufgrund ihrer geringeren Mobilität und im Durchschnitt geringeren familiären und gesellschaftlichen Unterstützung benachteiligt.

Während des Parallelsystems vertiefte sich diese Benachteiligung noch, vor allem durch die schlechte Sicherheitslage und eine gewisse Retraditionalisierung. Der Wiederaufbau der zerstörten Bildungsinfrastruktur und die verbesserte allgemeine Sicherheitslage hat diese Situation zwar verbessert, aber noch immer sind Frauen insbesondere am Land und je höher ihr Bildungsgrad ist, den Männern gegenüber benachteiligt. Das beginnt bereits beim Besuch der Sekundärschule und endet damit, dass im frühen Erwachsenenalter kaum noch Frauen im Ausbildungssektor anzutreffen sind.¹⁶ Damit haben sie später aber viel schlechtere Berufschancen, insbesondere für qualifizierte gut bezahlte Arbeit etwa in der Übergangsverwaltung oder für die im Kosovo tätigen internationalen Organisationen und Firmen. Für diese Tätigkeiten sind unter anderem Fremdsprachenkenntnisse notwendig, die viele Frauen nicht besitzen. Wegen der insbesondere für die serbische Minderheit schlechten Sicherheitslage ist die Situation für Minderheitenangehörige noch schlechter. Angehörige der serbischen Minderheit nutzen daher, wo es ihnen ökonomisch und durch Familienbeziehungen möglich ist, die Ausbildung in Serbien.

Ein solches Ausweichen ist für viele Kosovo-Albanerinnen nicht möglich, es sei denn man nutzt familiäre Verbindungen in das Ausland. Aber hier bestehen wiederum genderspezifische Nachteile.¹⁷

4.3 Militärische Institutionen

Die Sicherheitslage war unmittelbar nach dem Krieg eine sehr kritische. Das hat sich durch den Einsatz der Friedenstruppe und die internationale Polizeitruppe sowie den Aufbau einer nationalen Sicherheitstruppe und der kosovarischen Polizei, die übrigens einen Frauenanteil von 16 Prozent aufweist, stark gebessert. Zum Teil ist der Zugang zu Sicherheit aber noch immer ethno-national ungleich verteilt, worunter im Moment die serbische Minderheit in den Enklaven besonders leidet. Insgesamt sind Minderheitenangehörige, egal welcher Zugehörigkeit, die in Mehrheitsgebieten der jeweils anderen Gruppe siedeln, von diesem Mangel an Sicherheit betroffen. Außerdem gibt es wie nach jedem Konflikt ein großes Angebot an illegalen Waffen und privaten Waffenbesitz und es entstehen in der Nachkriegssituation auch neue Sicherheitsrisiken: Frauenhandel, Bandengewalt, Drogenhandel, Prostitution, häusliche Gewalt¹⁸, etc.

¹⁶ Kvinna Till Kvinna, Report 2001 “Getting it right? A Gender Approach to UNMIK Administration in Kosovo”

¹⁷ siehe den eindeutig männlichen Charakter der Arbeitsmigration, der meistens auch ohne Familiennachzug erfolgt.

¹⁸ Es gibt immer wieder Berichte, dass häusliche Gewalt und sexuelle Übergriffe an Familienmitgliedern im Steigen begriffen sind. Ob es sich dabei um einen tatsächlichen Anstieg oder um mehr öffentliches Interesse handelt, ist allerdings unklar. Der Anstieg von Prostitution und Mädchenhandel wird aber eindeutig mit der Nachkriegssituation und der internationalen Präsenz in Zusammenhang gebracht.

4.4 Wirtschaftliche Institutionen

Für die ohnehin periphere und schwache, noch stark landwirtschaftlich orientierte und sehr staatsabhängige Wirtschaft des Kosovo war die Abschaffung der Autonomie ein einschneidendes Ereignis. Der Kosovo wurde immer mehr zu einer serbischen Kolonie mit dem entsprechenden Ergebnis einer kolonialen Wirtschaft, die nur für das koloniale Zentrum, nicht aber entsprechend des lokalen Bedarfs produziert. Auch wurde im Kosovo kaum mehr investiert, wobei der Kosovo schon vorher sehr stark von jugoslawischen staatlichen Investitionen abhängig war. Dazu kommen die hohen Kosten der jahrelangen Stationierung von Militär- und Sonderpolizei. Zusätzlich erlitt der Kosovo auch Schaden durch den jugoslawischen Staatszerfall, der die innerjugoslawische Arbeitsteilung zum Stillstand brachte. Während des Krieges brach die Wirtschaft dann endgültig zusammen.

Bereits vor der Aufhebung der Autonomie und dem Krieg gab es im Kosovo eine sehr hohe Arbeitslosigkeit, die zum Teil durch Migration (in- und außerhalb Jugoslawiens) entschärft wurde. Während der Okkupation kam es zu einer Serbisierung der großen staatlichen Betriebe, während die Kosovo-AlbanerInnen Arbeit in den Parallelstrukturen fanden und sich in die sich ausbreitende Schatten- und Subsistenzwirtschaft zurückziehen mussten.

Nach dem Krieg kamen zur Zerstörung und Ausplünderung der wirtschaftlichen Strukturen die Probleme der Transformation und ein großes Heer an Arbeitssuchenden hinzu. 2003 lag die offizielle Arbeitslosenquote bei 75 Prozent. Die Arbeitslosigkeit, in die der Landbesitz als ökonomische Aktivität und die Arbeit in der Schattenwirtschaft eingerechnet wurde, betrug 49 Prozent¹⁹. Da Frauen keinen Landbesitz erwerben können, sind sie hier mit 63,6 Prozent zu 40,8 Prozent überdurchschnittlich betroffen. Frauen sind nur zu einem geringen Teil in der Verwaltung und im politischen Bereich tätig. Sie sind neben der Arbeit in der Familie und der Landwirtschaft hauptsächlich im Kleingewerbe tätig. Einem Sektor, in dem Frauen nur geringe Investitionen tätigen müssen, was dem für ihre gesellschaftliche Position charakteristischen Kapitalmangel entgegenkommt.

Insgesamt befindet sich die Armut nach dem Krieg im Kosovo auf dem Vormarsch: so leben im Jahr 2000 nach Angaben der Weltbank zwölf Prozent in absoluter Armut, 61 Prozent haben nicht mehr als 200 Euro monatlich zur Verfügung.²⁰

¹⁹ Alle Angaben nach der Riinvest-Studie (2003) "Labour Market and Unemployment in Kosovo"

²⁰ Angaben nach dem Statistischen Büro Kosova, Report (2003) "Kosova Demography and Health Survey"

5. Quellenverzeichnis

1) Buchbeiträge und Artikel

Clausewitz (1832): Vom Kriege. Gesamtwerk einsehbar unter URL: <http://gutenberg.spiegel.de/classenwiz/krieg/buch01.htm> [10.08.2005]

Cockburn, Cynthia (2001): The Gendered Dynamics of Armed Conflict and Political Violence. In: Moser, Caroline O.N./Clark, Fiona C.: Victims, Perpetrators or Actors? Gender, Armed Conflict and Political Violence. London. S.13-29

Kassel, Susanne (2005): Kriegslegitimation und Geschlecht. In: Medien im Krieg Revisited. Medien Journal 3/2005. S. 35-45

Lyth, Annette (2004): The Impact of International Peace-Building on Gender Roles in Kosovo, in: Journal für Entwicklungspolitik 20(2004)2

Malcolm, Noel (1998): Kosovo: A Short History, London, Mac Millan Press

Mežnarić, Silva (1991): Osvajanje prostora – prekivanje vremena, migracije umjesto razvoja, Zagreb 1991

Musaj, Fatmira (2003): Die gesellschaftliche Stellung der Frau zu Beginn des 20.Jahrhunderts, in: Österreichische Osthefte, Sonderband Albanien, 45(2003)1/2

Petrović, Ruža (1987): Migracije u Jugoslaviji i etnički aspekt, Beograd

Riegler, Henriette (2000): "Der Kosovokonflikt - Bestandsaufnahme und Lösungsszenarien ": Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik

Riegler, Henriette (2000): Der Kosovo im und nach dem Krieg, in: Kumer, Anton; Polzer, Miroslav; Skuhra, Anselm(eds.) Europäisierung versus Nationalismus : Der ex-jugoslawische Raum auf der Suche nach Stabilität. Frankfurt am Main, Wien, Peter Lang Verlag

Riegler, Henriette (2000): Transformation Processes in the Yugoslav Successor States between Marginalization and European Integration, Baden – Baden, Nomos

Riegler, Henriette (2001): Internationale Protektorate als Modelle zur Stabilisierung von Nachkriegsgebieten im ehemaligen Jugoslawien: Bosnien-Herzegowina und der Kosovo im Vergleich, in: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen; Österreichisches Institut für Internationale Politik (eds.) Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik 2000, Wien, Braumüller

Riegler, Henriette (2001): Krisen- und Gewaltprävention im Kosovo: versäumte Chancen, inadäquate Strategien, in: Calließ, Jörg(eds.) Europa nach dem Kosovo-Krieg. Rehbürg-Loccum: Evangelische Akademie Loccum

Riegler, Henriette (2002): Nationhood, War and the Multinational State in Former Yugoslavia: Wien, Österreichisches Institut für Internationale Politik

Riegler, Henriette (2003): Angst vor Großalbanien - Konstruktionen, Realitäten und Szenarien, in: Österreichische Osthefte, Jg. 45, Nr. 1/2, 2003: S. 329 - 342

Riegler, Henriette (2005): Beyond the Territory within the Nation: Diasporic Nation Building in South Eastern Europe. Baden-Baden, Nomos Verlag

Riegler, Henriette (2005): Nation Building between National Sovereignty and International Intervention: Baden-Baden, Nomos Verlag
Riegler, Henriette (2005): State Violence, State Weakness - Explaining the Plethora of Security Risks and Instability in South East Europe, in: Fluri, Philipp H.; Gustenau, Gustav E.; Pantev, Plamen I.(eds.) The Evolution of Civil-Military Relations in South East Europe: Continuing Democratic Reform and Adapting to the Needs of Fighting Terrorism. Heidelberg, Physica-Verlag

Seifert Ruth, (2004): Gender, Identität und kriegerischer Konflikt. Das Beispiel des ehemaligen Jugoslawien, Münster, Lit-Verlag

Syla, Gjylnaze (2005): Kosova Needs a New Status In: Südosteuropa-Mitteilungen 45(2005)3

2) Studien und Reports

Human Rights Watch, Rape as a Weapon of Ethnic Cleansing, March 2000, abzurufen unter: <http://hrw.org/reports/2000/fry>

Kvinna Till Kvinna, Getting it right? A Gender Approach to UNMIK Administration in Kosovo, 2001, abzurufen unter: <http://www.iktk.se/publikationer/rapporter/pdf/kosovorapport.pdf>

OSCE Mission in Kosovo, Women Propose ! Results of the Advocating Campaign “Political parties work for women” Prishtina February 2004, abzurufen unter: <http://www.womensnetwork.org>

Riinvest “Labour Market and Unemployment in Kosovo, Prishtina 2003, abzurufen unter: <http://www.riinvest.org>

Statistisches Büro Kosova, “Kosovo and its Population“, Prishtina 2003, abzurufen unter: http://www.sok-kosovo.org/pdf/population/Kosovo_population.pdf

Dasselbe, “Kosova Demography and Health Survey 2003.Preliminary Results” Prishtina 2003, abzurufen unter: <http://www.sok-kosovo.org/publications/dhs2003.html>

UNHCR Kosovo, Update on the Situation of Roma, Ashkenalia, Egyptian, Bosniak and Gorani in Kosovo, Prishtina 2003, abzurufen unter: <http://www.unhcr.org/cgi-bin/txis/vtx/publ>

UNDP „Human Development Report Kosovo 2004“, abzurufen unter: <http://www.ks.undp.org>

UNIFEM “Women at Work” abzurufen unter: <http://www.womensnetwork.org>